

Ergebnisprotokoll

der Sitzung der **AG Menschen mit Behinderungen** der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe am **05.03.2024**, 13.30 – 15.30 Uhr.

Top 1 Begrüßung

Die Anwesenden werden begrüßt und es gibt eine Vorstellungsrunde.

Top 2 Protokoll der letzten Sitzung und Ergebnisse vorausgegangener Themen

Das Protokoll der letzten Sitzung der AG Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe am 05.12.2023 wird durch die AG angenommen.

Top 3 Aktuelle Viertelstunde

Die AG diskutiert das Thema der Verfügbarkeit von Inklusionstaxis im Land Berlin. Es wird berichtet, dass das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) eine Liste mit Taxiunternehmen veröffentlicht hat, die Inklusionstaxis in ihrem Fuhrpark haben. Es wird festgestellt, dass diese für Menschen mit Behinderungen einen geringen Mehrwert hat, da die Liste keine Kontaktdaten enthält.

Es wird auf zwei schriftliche Anfragen des Abgeordnetenhauses zu dem Thema verwiesen (Anlagen 1 und 2).

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe weist darauf hin, dass Inklusionstaxis durch die Senatsverwaltung ausschließlich über das Förderprogramm Wirtschaftsnaher Elektromobilität (WELMO) gefördert werden. Das Programm hat zum Ziel, kleinere und mittlere Unternehmen bei einem Umstieg auf elektrische Fahrzeuge zu unterstützen. Im Vordergrund der Maßnahmen steht die Reduktion von CO₂-Emissionen in der Berliner Wirtschaft. Die Erarbeitung weiterer Maßnahmen zur Förderung von Inklusionstaxis liegt im Verantwortungsbereich anderer Senatsverwaltungen.

Die Senatsverwaltungen werden darum gebeten, sich verstärkt für eine Erhöhung der Zahl an Inklusionstaxis in Berlin einzusetzen.

Es wird darum gebeten, das Thema Inklusionstaxis als eigenen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der AG zu setzen.

Top 4 Europäischer Sozialfonds (ESF+) und Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) – Disability Mainstreaming

Das Referat Europäische Strukturförderung der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, berichtet zu den Themenfeldern Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit im ESF+ und EFRE des Landes Berlin mit einem Fokus auf Disability Mainstreaming. Der EFRE, ein wichtiges Finanzierungsinstrument der EU, leistet einen Beitrag dazu, dass die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen der Europäischen Union gemindert und die Lebensbedingungen in den strukturschwächsten Regionen verbessert werden. Der ESF+ verbessert den Zugang zu besseren Arbeitsplätzen, bietet Qualifizierung und unterstützt die soziale Integration. Im Mittelpunkt des ESF+ stehen Investitionen in Menschen. Es wird ausgeführt, wie die beiden Programme im Land Berlin umgesetzt werden und vorgestellt, wie die UN-Behindertenrechtskonvention bei der Umsetzung berücksichtigt wird.

Es wird berichtet, dass die Berücksichtigung der UN-Behindertenrechtskonvention bei der Umsetzung der Programme die Verwaltung häufig vor die Herausforderung stelle, die notwendige Expertise für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen heranzuziehen, diese aber nicht immer verfügbar sei.

Mitglieder der AG werben dafür, dass mögliche Förderungen über die Programme für Menschen mit Behinderungen und Organisationen, die Menschen mit Behinderungen unterstützen, einfach zugänglich sein müssen. Es gebe zahlreiche Förderangebote für Menschen mit Behinderungen, die nicht wahrgenommen werden, entweder aufgrund zu hoher Hürden, die es zu überwinden gelte, oder aber weil die Programme häufig nicht bekannt seien.

Top 5 Geschäftsordnung der AG Menschen mit Behinderungen

Die Anwesenden diskutieren den vorliegenden Entwurf einer Geschäftsordnung für die AG Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe und bringen Änderungen ein, die in den Entwurf aufgenommen werden.

Die Anwesenden einigen sich auf einen Entwurf und darauf, dass der Entwurf vor der nächsten Sitzung an die AG-Mitglieder gegeben werden soll, verbunden mit der Bitte um eine finale Prüfung.

Sollte nach dieser Bitte weiterer Diskussionsbedarf notwendig werden, besteht die Möglichkeit, eine Sonder-Sitzung der AG zur Geschäftsordnung auszurichten.

Auf der nächsten regulären Sitzung der AG am 05. November 2024 soll die Geschäftsordnung durch die AG beschlossen werden.

Top 6 Verschiedenes

Die nächste Sitzung der AG findet am 05. November 2024, 13:00-15:00 Uhr, statt.

Leutenecker

Kaltwang

(Sitzungsleitung)

(Protokoll)

Anlagen:

Anlage 1: Anfrage AGH - Die Nadel im Heuhaufen finden I

Anlage 2: Anfrage AGH - Die Nadel im Heuhaufen finden II

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Catrin Wahlen (GRÜNE)**

vom 21. Dezember 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Dezember 2023)

zum Thema:

Die Nadel im Heuhaufen finden: auf der Suche nach dem Inklusionstaxi

und **Antwort** vom 8. Januar 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 8. Januar 2024)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Frau Abgeordnete Catrin Wahlen (GRÜNE)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/17683

vom 21. Dezember 2023

über Die Nadel im Heuhaufen finden: auf der Suche nach dem Inklusionstaxi

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vormerkung der Abgeordneten:

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) gilt auch in Deutschland seit dem Jahr 2009. Demnach sind die Gegebenheiten des Lebens - auch im Bereich Verkehr und spontaner barrierefreier Mobilität - grundsätzlich so zu gestalten, dass alle sie nutzen können. Seit dem Jahr 2018 fördert das Land Berlin Taxiunternehmen, welche auf Grundlage der Vorgabe des PBefG § 64c Fahrzeuge zu barrierefreien Inklusionstaxis umbauen. Um Menschen mit Behinderungen eine spontane, barrierefreie Beförderung zu ermöglichen, wird über die Zielzahl von 250 Inklusionstaxis für Berlin ausgegangen.

Da eine Vermittlung durch die Taxizentralen auf Grund der niedrigen Zahl der barrierefreien Fahrzeuge nicht möglich war und ist, hatte das (LaGeSo) in der Vergangenheit eine Liste mit telefonischen Bestellnummern von Taxiunternehmen mit Inklusionstaxis auf seiner Internetseite veröffentlicht. Nach dem Wechsel der Zuständigkeit der Förderung von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales zur Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe mit dem Doppelhaushalt 2022/2023 wurde die Seite nicht mehr aktualisiert und ist mittlerweile gelöscht.

Zur Zeit sind sowohl die Inklusionstaxis, die schon länger im Betrieb sind, als auch die neu hinzugekommenen barrierefreien Taxis für Menschen mit Behinderungen nur schwer bestellbar, weil nur wenige Inklusionstaxis

von den Taxizentralen vermittelt werden und auch keine frei verfügbare niedrighschwellige Kontaktliste der entsprechenden Taxiunternehmen vorliegt.

1. In wessen Zuständigkeit liegt die Informationsvermittlung über barrierefreie Taxis im Land Berlin?
2. Wo und wann werden die aktuellen Bestellnummern aller Taxiunternehmen mit Inklusionstaxis veröffentlicht und den Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht?
3. Wie viele Inklusionstaxis werden auf Grundlage der Vorgabe des PBefG § 64c von der Genehmigungsbehörde für Berlin eingefordert?

Zu 1. - 3.:

Im seit 1. August 2021 geltenden Personenbeförderungsgesetz (PBefG) wird durch den neu eingefügten § 64c Taxiunternehmen ab einer Anzahl von 20 Fahrzeugen eine Mindestverfügbarkeit von barrierefreien Fahrzeugen in Höhe von 5 Prozent der von dem Unternehmer betriebenen Fahrzeugen vorgegeben, sofern dies keine „wirtschaftliche Härte“ darstellt. Das bedeutet z.B., dass bei 20 betriebenen Fahrzeugen mindestens ein Fahrzeug barrierefrei sein muss. Diese Regelung findet auf alle beim Landesamt für Bürgerdienste und Ordnungsaufgaben (LABO) als zuständiger Genehmigungsbehörde gestellten Anträge auf Erst- oder Neuerteilung von Genehmigungen für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen Anwendung, über die noch zu entscheiden ist. Außerdem findet diese Regelung ebenso Anwendung bei einem etwaigen Fahrzeugwechsel innerhalb des Geltungszeitraums der Genehmigung.

Die Information über Unternehmen mit barrierefreien Taxen im Land Berlin erfolgt derzeit durch das LABO. Mangels originärer gesetzlicher Regelung ergibt sich eine Zuständigkeit über die Informationsvermittlung kraft Sachzusammenhangs und liegt damit bei der Behörde mit der größten thematischen Schnittmenge, mithin aktuell dem LABO Berlin. Dieses ist gemäß § 2 Abs. 4 S. 1 ASOG i. V. m. Nr. 33 ZustKat Ord. im Bereich der Ordnungsaufgaben unter anderem im Bereich Verkehr für Aufgaben, die nicht der obersten Landesbehörde vorbehalten sind, im Vollzug des Personenbeförderungsgesetzes für die Genehmigungen an die Unternehmer zum Taxenbetrieb zuständig und hat damit einen Überblick über die Daten der Taxiunternehmer:Innen, welche mindestens eine Inklusionstaxe in ihrem Betrieb einsetzbar haben.

Zur Information wurden durch das LABO auf dessen Website unter:

<https://www.berlin.de/labomobilitaet/fahrerlaubnisse-personen-und-gueterbefoerderung/personenbefoerderung/artikel.1401212.php>
https://www.berlin.de/labomobilitaet/fahrerlaubnisse-personen-und-gueterbefoerderung/personenbefoerderung/20231228_liste_inklusionstaxen.pdf

als Service eine Liste von Taxiunternehmen, die mindestens eine Inklusionstaxe in ihrem Bestand haben, nach inzwischen erfolgter Klärung datenschutzrechtlicher Fragen veröffentlicht. Veröffentlicht werden nur Name und Anschrift der Unternehmen, da weitergehende Angaben (aktuelle Telefonnummer und/oder Mail-Adresse für Kunden-Vorbestellungen) dem LABO nicht vorliegen bzw. nicht über die genehmigungsbezogenen IT-Fachverfahren digital erfasst werden.

4. Wie viele Inklusionstaxis sind von der Genehmigungsbehörde in Berlin lizenziert? Bitte tabellarisch für die Jahre 2018 bis einschließlich 2023 darstellen:
- Anzahl genehmigter Inklusionstaxis
 - davon Inklusionstaxis mit emissionsfreiem Antrieb
 - Anzahl abgemeldeter Inklusionstaxis

Zu 4.:

Anzahl der vorhandenen Inklusionstaxen:

31.12.2022:	57
28.12.2023:	121

Für frühere Zeiträume können keine Angaben gemacht werden, da das Merkmal „barrierefrei“ erst mit Einführung des § 64c PBefG im Jahr 2021 für das Genehmigungsverfahren Bedeutung erlangt hat und nach Anpassung des IT-Fachverfahrens seit Anfang 2022 vom LABO erfasst wird.

Die Antriebsart der Fahrzeuge wird bei der Genehmigungsbehörde nicht erfasst, da hierzu keine gesetzlichen Regelungen bestehen. Daher kann keine Aussage darüber getroffen werden, wie viele Inklusionstaxen über einen emissionsfreien Antrieb verfügen.

Abgemeldete Fahrzeuge werden aus dem IT-Fachverfahren gelöscht. Dementsprechend ist eine Zählung nicht möglich.

5. Wie viele Fahrzeuge müssen nach der 5% Regelung des PBefG § 64c (i.e. jedes zwanzigste Taxi in einem Taxiunternehmen muss barrierefrei sein) noch folgen?
7. Bis wann wird das Ziel erreicht?

Zu 5. und 7.:

Das LABO setzt die gesetzlichen Vorgaben um, die sich explizit auf größere Unternehmen beschränken. Aktuell verfügen nur 77 Unternehmen über mehr als 20 Fahrzeuge in ihrer Flotte. Die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen erfolgt schrittweise im Rahmen der jeweiligen Konzessionserteilung/-verlängerung. In Summe wird so ein Bestand von 87 barrierefreien Taxen geschaffen werden.

Derzeit gibt es noch 18 Taxiunternehmen mit einer vor Einführung des § 64c PBefG erteilten Genehmigung, bei denen die Vorschrift erst mit der nächsten - maximal nach fünf Jahren erforderlichen - Erneuerung der Genehmigung greift. Da aber das Gros der über 1800 Taxiunternehmen in Berlin über deutlich weniger bzw. nur einzelne Fahrzeuge (Einzelunternehmer) verfügt, braucht Berlin hier weiterhin ein freiwilliges Engagement im Gewerbe, um eine spürbare Erhöhung des Anteils barrierefreier Taxen zu erreichen. Der Senat sieht die Fortführung des Förderprogramms für den Erwerb von Inklusionstaxen, welches jetzt mit der Förderung lokal emissionsfreier Taxen Hand in Hand geht, als Unterstützung der Taxiunternehmen auf diesem Weg. Die o.g. Anzahl der aktuell konzessionierten barrierefreien Fahrzeuge, die deutlich über den gesetzlich geschuldeten Umfang hinausgeht, verdeutlicht, dass es vor dem Hintergrund der Förderkulisse und Privilegien, wie bei der Ladeberechtigung am Flughafen BER, auch unternehmerische Gründe gibt, sich für den Einsatz von Inklusionstaxen zu entscheiden.

6. Mit welchen Maßnahmen will der Senat das Ziel von 250 barrierefreien Inklusionstaxis erreichen, um die spontane Mobilität für Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen?
12. Wie steht der Senat zur Forderung von Betroffenen, die in der letzten Sitzung der AG „Bauen und Verkehr barrierefrei“ einen runden Tisch zum effektiven Aufbau und Einsatz der barrierefreien Taxiflotte unter der Beteiligung von Vertreter*innen aus dem Taxigewerbe, Fahrzeugherstellern, der Politik, der Verwaltung und der Behindertenvertretung vorgeschlagen haben?

Zu 6. und 12.:

Der Senat fördert seit 02.12.2022 im Rahmen des Förderprogramms „Wirtschaftsnahe Elektromobilität“ (WELMO) die Neuanschaffung (M1 + M2) von e-Inklusionstaxis sowie Umbauten zum und Einbauten in ein e-Inklusionstaxi.

Um die Attraktivität des Erwerbs eines e-Inklusionstaxis zu erhöhen wurde mit Anpassung der Richtlinie WELMO zum 29.12.2023 die Förderquote für e-Inklusionstaxis erhöht. Mit dieser Änderung ist eine Förderung von 35% der zuwendungsfähigen Ausgaben, max. 25.000 € möglich (bis 28.12.2023: 25% der zuwendungsfähigen

Ausgaben, max. 15.000 €). Umbauten zum und Einbauten in ein e-Inklusionstaxi werden weiterhin mit bis zu 15.000 € gefördert.

Die Richtlinie wurde mit Anpassung zum 29.12.2023 um zwei Jahre bis 31.12.2025 verlängert. Der Senat leistet damit u.a. einen Beitrag, dem Bedarf an Inklusionstaxis in Berlin gerechter zu werden.

Derzeit erarbeitet der Senat eine Leistungsbeschreibung für ein Gesamtkonzept zur Mobilitätssicherung für Menschen mit Behinderungen. Nach der Vergabe wird dann durch einen externen Dienstleister eruiert, wie lückenlose barrierefreie Beförderungs- und Wegeketten umgesetzt/ gewährleistet werden können. Eine der Prämissen für barrierefreie Mobilität ist die kurzfristige bzw. spontane Nutzungsmöglichkeit barrierefreier Taxis.

Der Forderung zur Umsetzung und anschließenden Nachhaltung der Ergebnisse aus einem Runden Tisch zum weiteren Aufbau von barrierefreien Inklusionstaxis kann u.a. aus Gründen der Ressourcenverfügbarkeit im Rahmen der AG „Bauen und Verkehr barrierefrei“ derzeit nicht nachgekommen werden.

8. Die Taxizentrale Taxi Berlin führt alle Berliner Taxizentralen unter einem Dach. Welche Rahmenbedingungen müssen erfüllt sein, damit Inklusionstaxis regulär über die Taxizentrale vermittelt werden können und wann wird dies voraussichtlich erreicht?
10. Die Taxizentrale Taxi Berlin ruft vorbestellte Taxis erst kurz vor der Bestellzeit aus. Dies hat zur Folge, dass Inklusionstaxis oft nicht vermittelt werden können, da keines in der Kürze der Zeit zur Verfügung steht. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, das Vermittlungssystem dahingehend weiterzuentwickeln, dass die Vorbestellungen für Inklusionstaxis frühzeitiger ausgerufen werden?
11. Wie kann die Beförderungspflicht durchgesetzt werden, damit Inklusionstaxi-Fahrende künftig keine Fahrten für Rollstuhlnutzende ablehnen?

Zu 8., 10. und 11.:

Für die Buchung von Inklusionstaxen sind Taxizentralen an sich die richtigen Ansprechpartner. Dort sind nach Kenntnis des Senats alle Fahrzeuge mit ihren entsprechenden Merkmalen - auch zur Barrierefreiheit - registriert, sofern die Taxiunternehmerin bzw. der Taxiunternehmer - wie berlinweit üblich - einen Funkvermittlungsvertrag hat.

Taxi Berlin ist als Dachfirma der größten Berliner Taxizentralen ein privatrechtliches Fahrtvermittlungsunternehmen, über dessen interne Abruf- und Vermittlungspraxis der Senat keine Kenntnis hat. Der Senat hat die Anregung an das genannte Unternehmen

übermittelt, hierzu aber in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit noch keine Rückmeldung erhalten.

9. Welche Möglichkeiten sieht der Senat die Taxizentrale darin zu unterstützen, in ihrem Vermittlungssystem für gelistete Taxis eine Kennzeichnung für Barrierefreiheit aufzunehmen (z.B. mit einem "R" für Rollstuhl/Rampe), damit Disponent*innen schnellen Überblick über verfügbare barrierefreie Taxis haben?

Zu 9.:

Taxiunternehmen unterliegen der Beförderungspflicht, Verstöße hiergegen ahndet die Genehmigungsbehörde. Erhält das LABO durch eine Anzeige der Betroffenen Kenntnis davon, dass das Fahrpersonal gegen die Beförderungspflicht nach § 22 PBefG verstößt, wird ein entsprechendes Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet und der Verstoß nach § 61 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. d PBefG geahndet. Sollten sich derartige Anzeigen und Verfahren bei einzelnen Unternehmen häufen, kann das LABO prüfen, ob das Unternehmen noch die erforderliche Zuverlässigkeit besitzt und ggf. eine bestehende Genehmigung widerrufen bzw. deren Erneuerung versagen.

Die aktuelle Verfügbarkeit von Taxen mit besonderen Merkmalen, also nicht nur „barrierefrei“, sondern auch „Großraum“ oder „mehrere Kindersitze bestimmter Gewichtsklassen“ kann jedoch nur bedingt über die Betriebs- oder die Beförderungspflicht abgesichert werden. Von Taxizentralen können immer nur die barrierefreien Taxen vermittelt werden, die sich im Moment der Vermittlung gerade dort betriebsbereit angemeldet haben.

Insofern ist eine Bestellung direkt bei den jeweiligen Unternehmen häufig zielführender.

Berlin, den 08. Januar 2024

In Vertretung

Aziz Bozkurt

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Catrin Wahlen (GRÜNE)

vom 7. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 8. Februar 2024)

zum Thema:

Nachfragen zur schriftlichen Anfrage Drucksache 19/17683

Die Nadel im Heuhaufen finden: auf der Suche nach dem Inklusionstaxi II

und **Antwort** vom 22. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Februar 2024)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Frau Abgeordnete Catrin Wahlen (GRÜNE)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/18174

vom 07. Februar 2024

über Nachfragen zur schriftlichen Anfrage Drucksache 19/17683

Die Nadel im Heuhaufen finden: auf der Suche nach Inklusionstaxis II

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. In der Beantwortung der schriftlichen Anfrage Drucksache 19/17683 zu Inklusionstaxis in Berlin verwies die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung auf eine schwer auffindbare Tabelle ohne relevante Kontaktdaten der Unternehmen, die Inklusionstaxis anbieten. Daher frage ich: Mit welchen Maßnahmen ermöglicht es der Senat den Nutzer*innen, einen Inklusionstaxi-Anbieter ohne großen Aufwand zu finden?
 - a. Wie stellt der Senat sicher, dass allen Nutzer*innen die relevanten Kontaktdaten (Telefonnummer, Webseite, E-Mailadresse) der Unternehmen mit Inklusionstaxis zur Verfügung gestellt werden?
 - b. Wann werden die Daten der Unternehmen veröffentlicht?
 - c. Wo werden diese Daten veröffentlicht?
 - d. In welcher Form werden diese Daten veröffentlicht?
 - e. Wie stellt der Senat dabei die Barrierefreiheit der Veröffentlichung sicher?

Zu 1.: Der Senat sieht die aktuell vom Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) herausgegebene Auflistung aller Unternehmen, die mindestens ein Inklusionstaxi in ihrem Bestand hat, als Zwischenlösung an. Wie in der Antwort zu 1.-3. der Schriftlichen Anfrage 19 / 17 683 ausgeführt, liegen dem LABO nur Name und Anschrift der Unternehmen vor, da weitergehende Angaben (aktuelle Telefonnummer und/oder Mail-Adresse für

Kunden-Vorbestellungen) nicht über die genehmigungsbezogenen IT-Fachverfahren digital erfasst werden. Es wird angestrebt, mit den im Taxigewerbe relevanten Akteurinnen und Akteuren, u. a. Interessensvertretungen des Taxigewerbes, der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung (LfB), der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA), der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU), dem Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO), sowie dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo), eine anwendungsfreundliche, barrierefreie und wartungsarme Verfügbarkeit der relevanten Kontaktdaten der benannten Unternehmen mit Inklusionstaxen zur Verfügung zu stellen. Abhängig von den Gesprächsergebnissen kann der weitere Ablauf inhaltlich und zeitlich benannt werden.

2. Welche Zeitplanung sieht der Senat für die Vergabe und Erstellung des Gesamtkonzepts für Mobilitätssicherung für Menschen mit Behinderungen vor?

Zu 2.: Aktuell finden für die Vergabe und Erstellung des Gesamtkonzepts für Mobilitätssicherung für Menschen mit Behinderungen Abstimmungen zwischen der zuständigen Fachabteilung und der Koordinierungsstelle Landesgleichberechtigungsgesetz SenMVKU statt.

Abhängig von den Ergebnissen wird dann der weitere Ablauf terminiert.

3. Hat die Senatsverwaltung mittlerweile eine Rückmeldung durch die Taxizentrale bezüglich der Abruf- und Vermittlungspraxis (Siehe Antwort 8. 10 und 11 der oben genannten schriftlichen Anfrage)? Wenn ja, wie fällt diese aus? Wenn nicht, bis wann erwartet der Senat eine Antwort?

Zu 3.: Eine Rückmeldung steht noch aus. Der Senat ist bemüht, zeitnah ein Einvernehmen auch mit Taxi Berlin zu finden (siehe Antwort zu 1.).

4. Bis wann wird nach Einschätzung des Senats die Zielzahl von 250 Inklusionstaxis in Berlin erreicht?

Zu 4.: Das Land Berlin bietet seit nunmehr fünf Jahren finanzielle Anreize durch Förderinstrumente, um den Anteil barrierefreier Taxen stetig zu steigern. Zunächst durch das Ende 2018 gestartete und Ende 2021 beendete Förderprogramm für 250 barrierefreie Taxis, welches seit 2022 von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (SenWEB) in Verknüpfung mit der Förderung von Elektrotaxen als Teil des Förderprogramms „Wirtschaftsnahe Elektromobilität“ (WELMO) weitergeführt wird. WELMO wurde zwischenzeitlich bis zum 31.12.2025 verlängert sowie die Fördersumme bei E-Inklusionstaxis spürbar von bisher 25 auf 35 Prozent und zugleich die maximale Fördersumme von 15.000 Euro auf 25.000 EUR je Fahrzeug angehoben. Daneben hat die Privilegierung von Berliner Inklusionstaxen bei der Vergabe von Laderechten am Flughafen BER einen weiteren Impuls für den Einsatz barrierefreier Fahrzeuge gegeben.

Die Anzahl der zur Verfügung stehenden Inklusionstaxen in Berlin hat in diesem Rahmen deutlich zugenommen, ist aber insgesamt hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Vor diesem Hintergrund lässt sich eine Prognose nur schwer abgeben, aber es ist zu hoffen, dass sich insbesondere auch aufgrund der angepassten WELMO-Förderrichtlinie nun noch mehr Besitzerinnen und Besitzer von Taxis zu einem Umbau oder zur Neuanschaffung von Fahrzeugen entschließen.

Berlin, den 22. Februar 2024

In Vertretung

Aziz B o z k u r t

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung